

## 11. Brüsseler Gespräch des Landkreistages NRW: Bilanz und Perspektiven der EU-Kohäsionspolitik

Am 08.11.2010 fand zum 11. Mal das Brüsseler Gespräch des Landkreistages Nordrhein-Westfalen statt. Thema war dieses Mal „Bilanz und Perspektiven der EU-Kohäsionspolitik“. Die laufende EU-Förderperiode geht ab 2013 in die zweite Hälfte des Programmzeitraums. Für den Finanzrahmen von 2014 bis 2020 werden bis Juni 2011 auf Brüsseler Ebene die entscheidenden Weichen gestellt. Grund genug für den Landkreistag Nordrhein-Westfalen, sich diesem wichtigen und gerade auch für die Struktur- und Wirtschaftspolitik relevanten Thema anzunehmen.

Insgesamt waren rund einhundert Zuhörerinnen und Zuhörer zu der Veranstaltung in die Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen in Brüssel gekommen, darunter zahlreiche Landräte, Mitglieder des Europäischen Parlamentes und Vertreter europäischer Organisationen. Der Präsident des Landkreistages Nordrhein-Westfalen, Landrat Thomas Kubendorff, Kreis Steinfurt, eröffnete die Veranstaltung mit einem einleitenden Statement zu der Bedeutung der

Strukturförderung für die Kreise vor Ort noch positiver und wirkgenauer zu gestalten. Dazu begrüßte Thomas Kubendorff als Diskussionssteilnehmer Christopher Todd von der Generaldirektion Regionalpolitik, Abteilungsleiter für die Sektion Deutschland und die Niederlande, den NRW-Staatssekretär für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien, Marc Jan Eumann, Dr. Markus Pieper, MdEP und stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses der Regionen, Landrat

den größten Teil des EU-Haushalts ausmachen. Gegenwärtig gebe es ein Budget von rund 350 Milliarden Euro für die Strukturförderung im Rahmen des EU-Haushalts. Dabei entfielen rund 80 Prozent auf Förderungen armer und wirtschaftlich rückständiger Regionen, vier Prozent entfielen auf Förderung von kooperativen Projekten (insbesondere Interreg) sowie 16 Prozent auf die Förderung von konkreten Maßnahmen in „reichen“ Ländern. In der vergangenen



**Wesentliche Akteure:** Dr. Martin Klein, Hauptgeschäftsführer Landkreistag NRW, Christopher Todd, Referatsleiter Generaldirektion Regionalpolitik, Dr. Claudia Schulte, Leiterin Sekretariat Ziel2, Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr NRW, Thomas Kubendorff, Landrat Kreis Steinfurt und Präsident des Landkreistages NRW, Dorothee Zwiffelhofer, stellvertretende Leiterin der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen und Friedel Heuwinkel, Landrat Kreis Lippe.

Kohäsionspolitik vor allem für den ländlichen Raum in Nordrhein-Westfalen. Grundsätzlich sei die Durchführung der Wettbewerbsverfahren in Nordrhein-Westfalen in der ersten Hälfte des Programmzeitraums ein Zugewinn gewesen, konnten doch Regionen von Fördermitteln partizipieren, die unter der alten Ziel-II-Förderung nicht in den Genuss von europäischen Finanzmitteln hätten kommen können. Doch nun gehe es darum, in der nächsten Förderperiode die

Friedel Heuwinkel, Kreis Lippe und Dr. Claudia Schulte, Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr NRW, dort zuständig für das Ziel-II-Sekretariat. Christopher Todd begann mit einer Einführung zum Ausmaß und zum Umfang der Strukturförderung der Europäischen Union. Dabei betonte er, dass die Strukturförderung das wichtigste wirtschaftliche und finanzielle Instrument der Europäischen Union überhaupt sei und zudem mittlerweile

Hälfte der Förderperiode habe die Strukturförderung insgesamt für 1,4 Millionen Arbeitsplätze in der Europäischen Union gesorgt. Als Beispiel nannte er aus dem Bereich der Infrastrukturförderung, dass mit Mitteln aus den EU-Strukturfonds rund 2000 Kilometer Autobahn und 4000 Kilometer Schieneninfrastruktur gebaut worden seien. Ferner betonte Christopher Todd, dass die Diskussion um die Zukunft der Strukturförderung in die sogenannte 2020-Strategie

der Europäischen Union eingebettet werden müsse. Allerdings strebe die Kommission eine Weiterentwicklung der Strukturförderung im Sinne einer Evolution, nicht jedoch im Sinne einer Revolution an. Hinsichtlich der wesentlichen Eckpunkte der 2020-Strategie führte er aus, dass diese Strategie breiter sei als die Lissabon-Strategie. Wichtigste Eckpunkte seien die Verfolgung von Klimaschutzzielen, die Städteförderung als Förderung der sogenannten Wachstumsmotoren, die Berücksichtigung eines Bottom-up-Ansatzes (Dezentralisierung), die Berücksichtigung von Makroräumstrategien wie zum Beispiel eine Donaustategie oder eine Mittelmeerstrategie, die territoriale Zusammenarbeit und die Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Innovation. Letztlich müssten in Zukunft die Strukturförderungsziele für die reichen Regionen auf diese Strategie hin ausgerichtet werden. Hinsichtlich der Förderregionen denke die Kommission darüber nach, ob in Zukunft noch eine Kategorie der „halbarmen“ Regionen zwischen 75 Prozent und 90 Prozent des durchschnittlichen EU-Bruttoinlandsprodukts als eigene Förderkategorie geschaffen werden sollte. Abschließend ging Christopher Todd auf den Zeitplan ein. Während nunmehr in den letzten Wochen des Jahres 2010 der Kohäsionsbericht vorgelegt werden solle, würden die wichtigsten Eckpunkte für die Programmierung der zweiten Hälfte des Programmzeitraumes in der ersten Hälfte des Jahres 2011 unter polnischer Ratspräsidentschaft gesetzt.

Als nächster Redner betonte Staatssekretär Marc Jan Eumann die Bedeutung der Strukturförderung gerade für das Bundesland Nordrhein-Westfalen. Oberste Priorität habe aus Sicht der Landesregierung die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen. Politisch sei für die neue Landesregierung ein frühzeitiges Einbringen in den Prozess der Programmierung für die zweite Hälfte der Förderperiode wichtig. Auch betonte er, dass Nordrhein-Westfalen in der Arbeitsgruppe der Bundesländer zur Strukturförderung mit Sachsen-Anhalt zusammen die Federführung unter den Ländern innehaben und schon deshalb ein wichtiges Wort bei der Gestaltung der kommenden Förderperiode mitzureden habe.

Dr. Markus Pieper, Mitglied des Europäischen Parlaments für die Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP Fraktion), unterstrich die Bedeutung der Abwicklung der Strukturförderung vor Ort. Es sei wichtig, dass sich die Programmierung auf der Ebene der Kommission auf wenige Grundsätze beschränke, während vor Ort die besten Kenntnisse für eine Abwicklung bestehen würden. Zudem erklärte er, dass die Einführung eines Zwischenziels für die Strukturförderung, also die Einführung einer Kate-

gorie von ärmeren, aber nicht ganz armen Regionen, kritisch zu betrachten sei. Eine solche Kategorie würde dazu führen, dass nicht mehr genug Finanzmittel vorhanden seien, um die Starken hinreichend zu stärken.

Anschließend berichtete Landrat Friedel Heuwinkel aus der Förderpraxis und den damit verbundenen Problemstellungen vor Ort. Er kritisierte die bürokratischen Hemmnisse für kleine und mittlere Unternehmen.

der Strukturförderung auf die Ebene der Kommunen auch mit Risiken behaftet sei. So würden die Bewältigung der beihilfenrechtlichen Schwierigkeiten und der administrative Aufwand dann in erster Linie bei den Kommunen vor Ort liegen. Notwendig sei ein Kompromiss zwischen Kontrolle und Effizienz der Fördermittelabwicklung. Dennoch sei man gerne bereit, auf Landesebene soweit wie möglich für eine Entbürokratisierung und möglichst einfache Durchfüh-



**Im Gespräch in der Ausstellung: Dr. Markus Pieper MdEP, stv. Vorsitzender des Ausschusses für regionale Entwicklung des Europäischen Parlaments, Birgit Essling, Kreis Lippe und Leitung EU-Verbindungsbüro des Landkreistages NRW, Christopher Todd, Referatsleiter Generaldirektion Regionalpolitik.**

Gerade für diese Zielgruppe sei es zum Teil schwierig, an den recht langwierigen Fördermittelfahrten teilzunehmen. In Anbetracht des nicht unerheblichen Aufwandes zur Erstellung der Projektunterlagen und dem ungewissen Erfolg sei es schwierig, private Unternehmen für die Fördermittelfahrten zu begeistern. Insbesondere die Vorlaufzeit zwischen dem ersten Antrag bis zur endgültigen Bewilligung sei zu lang. Zudem fragte er kritisch, warum eine Ko-Finanzierung durch Private nicht im stärkeren Umfang eröffnet würde. Schließlich betonte der Landrat, dass es für die Beteiligten grundsätzlich einfacher wäre, wenn die Entscheidungskompetenz vor Ort für die Strukturförderung vergrößert würde. Gerade dies könnte einen erheblichen Vorteil für kleine und mittlere Unternehmen darstellen.

Dr. Claudia Schulte erklärte in ihrem Vortrag, dass eine Verlagerung der Abwicklung

der Fördermittelfahrten einzustehen. In der anschließenden Diskussion ging es zunächst um die Frage, wie eine Verwaltungsvereinfachung der Förderverfahren möglichst praxisnah umgesetzt werden kann. Dabei betonte Dr. Markus Pieper, dass es Überlegungen gebe, für Regionen mit guten Erfahrungen aus der Vergangenheit eine Art Zertifizierung zu ermöglichen, um so diesen Regionen einen Vertrauensvorschuss bei der Verwendung der Mittel zu geben. Solche Regionen müssen dann gar nicht mehr oder jedenfalls nicht mehr so stark kontrolliert werden, die Kontrollen könnten sich dann auf die Regionen konzentrieren, bei denen es in der Vergangenheit größere Probleme im Umgang mit den Fördermitteln gegeben habe.

Marc Jan Eumann hob hervor, dass die Durchführung der Wettbewerbsverfahren auch aus Sicht der neuen Landesregierung grundsätzlich weitergeführt werden sollten.

Es müsse allerdings zugleich berücksichtigt werden, dass der administrative Aufwand für die Wettbewerbsverfahren teilweise recht groß sei und nicht immer das Verhältnis zum Nutzen der Verfahren gegeben sei.

wurden. Bei diesen revolvingen Fonds erhalten Unternehmen keinen dauerhaften Zuschuss, sondern eine kreditähnliche finanzielle Hilfe, die sie später bei Gelingen ihrer wirtschaftlichen Projekte wieder an den

ein Projekt scheitern, wäre eben gerade die Risikotragung die wesentliche Unterstützungsleistung durch die Strukturförderung gewesen. Insoweit kamen die Diskussions Teilnehmer überein, dass die Ausweitung die-



Interesse an den ausgestellten Projekten der Kreise.

Weiterhin wurde allgemein die Schwierigkeit betont, Private in die Kofinanzierung einzubinden. Es sei unverständlich, so Friedel Heuwinkel, dass es nicht möglich sei, zum Beispiel private Geldgeber und Sponsoren anstelle des Kreises Lippe für die Eigenanteile im Rahmen der Strukturförderung einzubinden. Hierzu ergänzte Christopher Todd, dass es allerdings heute schon in vielen Bereichen möglich wäre, Private im Rahmen der Förderverfahren einzubinden.

Schließlich stellte Landrat Thomas Kubendorff die Frage, ob es für Nordrhein-Westfalen sinnvoll sei, nach niedersächsischem Vorbild Regionalbudgets zu bilden. Durch solche Regionalbudgets könne eine zielgenaue Förderung gerade bezogen auf Besonderheiten vor Ort ausgerichtet werden. Es zeigte sich, dass dieser Vorschlag insbesondere auf der Seite der Landesregierung Nordrhein-Westfalen teilweise zurückhaltend gesehen wurde. So wurde in diesem Zusammenhang die Problematik der Komplexität bei der Abwicklung der Förderverfahren betont, zu nennen hier die Berücksichtigung des Europäischen Rechtsrahmens, des EU-Beihilfenrechts oder der haushaltsrechtlichen Vorgaben.

Ein abschließendes Thema waren die guten Erfahrungen, die verschiedentlich mit sogenannten revolvingen Fonds gemacht

### Best-Practice-Beispiele von Projekten der Kreise

Den Brüsseler Gesprächen zur Kommunalpolitik des Landkreistages NRW liegen zwei Ideen zugrunde: Die Bündelung und Thematisierung von Kompetenzen und Impulsen der Kreise einerseits und ihre Funktion als Sprachrohr zu Multiplikatoren und Entscheidern auf der europäischen Ebene andererseits. Die zweimal im Jahr stattfindende Veranstaltung des Landkreistages Nordrhein-Westfalen ist mittlerweile eine wichtige Plattform – hier werden die Belange der kommunalen Familie auf europäischer Bühne vorgebracht, diskutiert und befördert.

Dazu präsentierte der Landkreistag neben der Diskussion den Vertretern der Generaldirektion REGIO, den Vertretern des Europäischen Parlaments und den zahlreichen Teilnehmern aus unterschiedlichsten Gremien, Institutionen und Verbänden Best-Practice Beispiele geförderter Projekte aus den nordrhein-westfälischen Kreisen. Viele Kreise waren der Aufforderung des Landkreistages gefolgt und zeigten Projekte, die greifbar und anschaulich die regionale Vielfalt und damit die positive Entwicklung der EU-Regional- und Strukturpolitik der derzeitigen Förderperiode darstellten – diese hat in den vergangenen zwanzig Jahren enorm an Bedeutung gewonnen. Fassbar dokumentierten die Projekte den interessierten Betrachtern die Bandbreite der Aktivitäten lokaler Akteure und damit gleichermaßen ihre Bedeutung im größeren europäischen Zusammenhalt. Ob es um den Aufbau wissensbasierter Wirtschaft oder die Förderung von Innovation geht, die Projekte bildeten deutlich ab, dass vor Ort in den lokalen und kommunalen Zusammenhängen auf strategische und nachhaltige Entwicklung zum Beispiel im Umweltschutz oder Technologietransfer abgezielt wird. Die Best-Practice Beispiele ermöglichen eine grundlegende und nachhaltige Darstellung der Wirkweise der EU-Strukturfonds in Nordrhein-Westfalen.

Fonds zurückzahlen müssen. Auf diese Weise könnten bei gleichem Budget erheblich Projekte gefördert werden, da bei den erfolgreichen Projekten jedenfalls ein Rückfluss der Geldmittel zu erwarten sei. Sollte

ser revolvingen Fonds als Förderinstrumentarium sinnvoll wäre.

EILDienst LKT NRW  
Nr. 12/Dezember 2010 10.10.15.2



## Öffentliche Konsultation nach Veröffentlichung des 5. Kohäsionsberichts: Aktive Teilnahme der Kommunen erforderlich!

Von Birgit Essling,  
Leitung EU-Verbindungsbüro Brüssel des LKT NRW und  
Udo Röllenblech,  
Leitung europe direct Informationszentrum Steinfurt

Mit der Veröffentlichung des fünften Kohäsionsberichts startet eine öffentliche Konsultation. Die Ergebnisse der öffentlichen Konsultation fließen in die Ausgestaltung des kommenden Nachfolgeprogramms der laufenden Förderprogramme (2007–2013) ein. Sie endet am 30.01.2011. Ziel ist es mit Blick auf einen wirksamen Einsatz der Strukturfonds, Positionen und Reformbedarfe von den unterschiedlichen Akteuren einzuholen. „Die Europäische Kommission möchte von den Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen, Interessengruppen und Regierungen Europas wissen, wie die EU-Gelder zur Förderung von Wettbewerbsfähigkeit und Innovationen in Zukunft am besten verwendet werden sollen.“ (Antonio Tajani, Vizepräsident der Europäischen Kommission)

Ergänzend zur Konsultation wird am 25. Januar 2011 in Brüssel eine Konferenz abgehalten. Direkt im Anschluss der Konsultation findet das Kohäsionsforum (31.01. und 01.02.2011) in Brüssel statt. Diese Veranstaltungen bieten Interessengruppen die Möglichkeit, sich zur Ausrichtung des künftigen EU-Programms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation zu äußern und die Leitlinien des Berichts über die künftige Kohäsionspolitik zu diskutieren.

Für die nordrhein-westfälischen Kommunen ist eine Aussage im 5. Kohäsionsbericht von zentraler Bedeutung: Alle Regionen und Mitgliedstaaten sollen im Rahmen der Kohäsionspolitik förderfähig sein und ihre Strategie umfassend auf ihre spezifischen Stärken und Schwächen zuschneiden können. Dennoch wird insgesamt die städtische Dimension in den Mittelpunkt der nächsten Förderperiode gestellt. Im Bericht heißt es weiter, dass in Zukunft die Mittel stärker auf

die Ziele der Strategie Europa2020 konzentriert werden sollen und die Kommission messbare Ergebnisse mit klaren Vorgaben fordert. Der europäische Mehrwert soll deutlich dokumentiert und zukünftig Programme befürwortet werden, die strategisch stärker auf die europäischen Prioritäten ausgerichtet sind und damit als sogenannte Investitionsschwerpunkte in die kommende Prioritätendefinition übertragen werden sollen. Die Ansicht der Kommission, wirtschaftlich stärkere Regionen auf zwei oder drei Prioritäten zu konzentrieren, ist durchaus kritisch zu sehen. Es ist wichtig, dass den Regionen und lokalen Akteuren die Möglichkeit eingeräumt wird, auch außerhalb festgelegter Prioritäten experimentelle Ansätze und innovative Projekte gefördert zu bekommen. Für den Landkreistag Nordrhein-Westfalen ist es bedeutend, die Positionierung des ländlichen Raums zu befördern. Die Kofinanzierung der Programme aus nationalen, regio-

nalen oder kommunalen Mitteln bezeichnet die Kommission als eine der grundlegenden Prinzipien der Kohäsionspolitik. Sie stelle die Eigenverantwortung vor Ort sicher. Die Kommission will die Kofinanzierungsätze überprüfen und mit Blick auf den Entwicklungsstand, den europäischen Mehrwert, die Begünstigten und die Art der Maßnahme differenziert festlegen. Sie strebt bei der Programmfinanzierung eine zunehmende Verwendung neuer Finanzierungsformen an, beispielweise revolvingende Fonds oder die Kombination von Zuschüssen und Darlehen. Auch sollen der Verwaltungsaufwand reduziert und die Kontrollmaßnahmen gemäß dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit effizienter gestaltet werden.

EILDienst LKT NRW  
Nr. 12/Dezember 2010 10.10.15.2



## Bündelung statt Maßnahmenvielfalt – Ein Plädoyer für einen ganzheitlichen Ansatz zum Management des Übergangs von der Schule in den Beruf

Von Reiner Limbach, Beigeordneter und  
Dr. Kai Zentara, Referent beim Landkreistag Nordrhein-Westfalen

Die Wege, die zum Übergang von der Schule ins Berufsausbildungs- und Erwerbsleben beschritten werden können, sind in Deutschland zahlreich. Diese Vielfalt der Möglichkeiten sollte dazu beitragen, jedem jungen Menschen mit Vermittlungshemmnissen den seinen individuellen Kompetenzen und Wünschen entsprechenden Zugang in die Arbeitswelt zu eröffnen. Die Realität stellt sich allerdings häufig anders dar. Die große Bandbreite der Unterstützungsprogramme verlangt nach einer Orientierung und Bündelung.

Auch in Zeiten konjunktureller Erholung und einer damit einhergehenden Entspannung auf dem Arbeitsmarkt bleibt es für Menschen ohne oder mit einer nur ge-

ringen beruflichen Qualifizierung schwierig, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Das Risiko, im Zuge eines erneuten wirtschaftlichen Abschwungs zu den ersten zu gehören,

deren Arbeitsverhältnisse keinen Bestand haben, ist groß. Wenn dann die Bandbreite der Nachqualifizierungs- und Vermittlungsbemühungen des Arbeitsförderungsrechts